

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post monatl.
8,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk.
Einzelhefte 25 Pf., Postzuschlag
bestellen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
allgemeinen Zeitungsverzeichnis unter
„Saale-Zeitung“ eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Saale-Zeitung“ ge-
stattet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1146, der Anzeigen-Abt. Nr. 1153
u. 1152, der Gedruckt-Abt. Nr. 1153

Morgen-Ausgabe.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen
die 22 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle a. sämtliche
Anzeigenverträge. Erfüllungsort:
Halle a. S. Geschäftsstelle: Große
Saarstraße 52 und Markt 24.
Hofschäfer-Kont. Leipzig Nr. 22815.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 409.

Halle, Freitag, den 2. September 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Was geschieht in Genf?

—er. Genf, 31. August abends.

Die deutsche Öffentlichkeit sollte über den Tod Erzbergers und den innerpolitischen Auseinandersetzungen doch nicht die oberflächliche Frage verfallen. Denn schon ist in der ersten Sitzung des Völkerbundes eine überaus wichtige Entscheidung gefallen, nämlich der Beschluß, daß der Völkerbundrat die Behandlung der ihm vorgelegten Aufgabe überhaupt übernimmt. Er hätte sie auch ablehnen können. Gründe dafür liegen sich ja immer finden. Mehr noch, die Mitglieder des Völkerbundes haben sich der grundlegenden Meinung des Präsidenten Wilson angeschlossen, daß die Aufgabe nicht darin bestehe, den Schiedsrichter zwischen zwei Konfliktmächten (England und Frankreich) zu spielen, sondern eine selbständige und unabhängige Entscheidung zu treffen. Dieser überraschende Beschluß eröffnet neue Aussichten, deren man sich in Deutschland, offenbar betäubt durch die inneren Wirren, noch nicht recht bewußt zu werden scheint. Wenn der Völkerbundrat sich ein eigenes, auf selbstbestimmte Grundlagen gegliedertes Urteil bilden will, muß er sich an andere als die streitenden Parteien oder doch an alle interessierten Mächte wenden. Tatsächlich ist bereits der Plan aufgetaucht, eine aus Neutralen zusammengesetzte Kommission von Wirtschafts- und Rechtsfachverständigen aufzustellen und von diesen wieder eine Abordnung nach Oberstleuten zum Studium der Frage an Ort und Stelle zu senden. Damit wäre also die Entscheidung an eine neue Instanz überwiegen, die Verantwortung wiederum abgewandt und die ganze brennende Sache abermals verschleppt. Die Herren des internationalen Güterverkehrs haben weniger in der offiziellen Sitzung als vielmehr in privaten Besprechungen heftig über diese Frage gestritten, und man ist sich jetzt offenbar darüber einig geworden, daß der Gedanke der Bildung eines neuen Gremiums „abwegig“ sei. Denn viele Rückschlüsse werden den Völkern abgewendet ist noch ganz unausgegoren, und das ist die Frage, ob man denn nicht die hauptsächlich und wirklich interessierten Staaten Deutschland und Polen hinzuziehen soll oder vielmehr muß. Die Juristen, die die völkerrechtlichen Fragen in einem solchen Teil stets den — Präzedenzfällen. Wann sind interessierte Staaten zugezogen worden? Antwort: Im Wilnaer Falle und bezüglich der Alandinseln. Zu den Verhandlungen über die Angelegenheit von Wilna (bei der der Völkerbund keine beneidenswerte Rolle spielte) waren die Regierungen von Polen und Litauen vertreten. An den Verhandlungen über die Alandinseln beteiligten sich bisher Finnland und Schweden, ja zu der nächsten Alandinselnkonferenz hat der Generalsekretär des Völkerbundes bekanntlich auch Deutschland eingeladen und Dr. Rosen hat die Einladung angenommen. Warum sollen Deutschland und Polen nicht Vertreter zur Verhandlung über die oberflächliche Frage schicken? Hier hat nun ein scharfer und störender Widerstand eingeleitet, und man verrät wohl kein Geheimnis, wenn man darauf hinweist, daß er von französischer Seite kommt. Die französische Diplomatie wehrt sich mit Händen und Füßen gegen eine Vorladung derjenigen Staaten, die das oberflächliche Schicksal doch in erster Linie angeht, und zwar wird der Einwand geltend gemacht, daß weder Polen noch Deutschland die Entscheidung des Völkerbundes anerkennen hätten, sondern einzig und allein der Oberste Rat. Auch sonst ist der französische Einfluß mächtig am Werke, um den Völkerbundrat die Arbeit lauer zu machen. Man scheint vor verdichteten Drogen nicht zurück. Wenn der Völkerbundrat so wird angedeutet, keine befriedigende Entscheidung treffen, müßten die „großen Nationen“ sich zurückziehen, und dann ist es aus mit dem Ansehen des Völkerbundes für alle Zeiten. Der Völkerbundrat dürfte nicht verfallen, daß gar kein deutsch-polnischer Konflikt vorliege, sondern daß der Oberste Rat von Genf nicht viel mehr als einen „guten Rat“ erwarte, um dann von sich aus eine Bestimmung des Versailles-Vertrages anzuwenden. Es ist recht unerschrocken, zu beobachten, wie das Hansabüro wieder sowohl von Paris wie von London aus die Lage beherrscht, und man möchte der deutschen Regierung dringend raten. Ihre Aufmerksamkeit nicht durch ihre inneren parteipolitischen Sorgen von dem ablenken zu lassen, was jetzt in Genf geschieht.

Die Suche nach den Mördern Erzbergers.

Auf der Redaktion der Badischen Presse traf gestern morgen eine Karte folgenden Inhalts ein:

Woffensatz, 28. 8.

„Werte Redaktion! In dem Verbrechen, den Behörden seine unendlichen Schwierigkeiten zu bereiten, teilen wir Ihnen mit, daß wir den Brenner hinter uns haben. Man mag in Oppenau und Orriesbach berührt sein und den aufgedeckten Apparat nach Hause schicken. Wir geben Ihnen anheim, von dieser Mitteilung Gebrauch zu machen.“

Die Karte wurde der Staatsanwaltschaft sofort übergeben und die nötigen Schritte wurden eingeleitet, um festzustellen, ob es sich bei der Karte um eine Warnung oder verächtliche Grenzführung handelt, oder ob tatsächlich die Mörder Erzbergers sind.

Die Mitteilungen, die bei den Berliner Stellen einlaufen, zählen nach Hunderten. Es finden sich darunter aber auch Zuschriften, die nur zu dem Zweck gefandt worden sind, um die Spur abzulenken, und die Arbeit zu erschweren. So ist von den vielen eine zu nennen, die von Estlin aus kam, und in der die Later mitteilt, daß es ihnen gelungen sei, auf ein Schiff zu kommen, das sie nach Osten in Sicherheit brächte.

Gegen die Volksvergiftung.

Auch in anständig gemäßigten Kreisen der Rechten hat man begriffen, daß es so wie bisher nicht weitergehen dürfe, und daß angelegentlich der jüdischen, durch gewissenlose Agitation gesteigerten und ausgenutzten Verwirrung ein energieloses Einhalten dringend geboten sei. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bestreift hier die Lage.

„Unsere außerordentlich gefährliche Lage macht außerordentliche Maßnahmen erforderlich. Das Wohl des Vaterlandes, das Wohl der Nation stehen am höchsten. Hinter sie muß alles andere zurücktreten, und kein versöhnliches Maß ist so wertvoll, daß es nicht unter Umständen dem Wohl des Vaterlandes und dem Wohl der Nation geopfert werden könnte. Wir sind zu den schwersten Opfern bereit, vorausgesetzt, daß die Opfer gleichmäßig auf die Schultern aller Angehörigen der Nation und aller politischen Parteien verteilt werden.“

Das ist eine verständliche Sprache, und auch der Ansicht, daß Ausschreitungen des Unkrautalismus ebensowenig geduldet werden dürfen wie die Auflehnung gegen Staat und Gesetz, die von nationalitären und monarchistischen Wühlern ausgeht, stimmen wir zu. Eine Beschränkung versöhnlicher Rechte ist notwendig und selbstverständlich gegenüber allen denjenigen, die die Verfassung nicht nur „beschränken“, sondern sie mit Gewalt umstürzen und verächtlich machen wollen. Wir wünschen aber keineswegs, daß dieses Vorgehen gegen die Verfassung, die jedes ruhige Wieder- aufleben Deutschlands verhindern wollen und die wilden Jagdinstinkte ihrer urteillosen Gefolgschaft solange aufstacheln, bis das Verbrechen erzeugt ist, zu einer Unterdrückung berechtigter Meinungsfreiheit führe, und wir sind überzeugt, daß auch die heutige Regierung keine gemäßigtere Meinung, die sich in zulässigen Formen äußert, anzuhören gedenkt.

Auslandsstimmen zu den Kundgebungen für die Republik.

Die Londoner Blätter bringen ausführliche Telegramme aus Berlin über die Kundgebung im Lustgarten. Die Times berichtet, diese Kundgebung des republikanischen Geistes sei die überzeugendste, die sich bisher gezeigt habe. Sie sei eine deutliche Botschaft für die Hohenzollern und ihre Anhänger, daß sie gut daran tun würden, fernzubleiben. Die Kundgebung werde vielleicht die Unzufriedenen von der Macht überzeugen, die hinter die Wirth stehen, wenn sie fortfahren sollten, Verschwörungen zu seinem Sturz und zum Sturz der Verfassung zu schmieden. — Daily Chronicle berichtet aus Berlin, die Erinnerung Erzbergers werde eine Konsolidierung der republikanischen Parteien zur Folge haben. — Die Morning Post schreibt: Die Kundgebung in Berlin könne als ein sicherer Beweis dafür genommen werden, daß die Arbeiterklasse sich jeder wilden Abenteuerpolitik widersetze. Die Regierung Wirth müsse durch die Kundgebung, die ihr bewiesen worden wäre, beträchtlich gestärkt werden. — Daily Telegraph schreibt: Die hier weitestgehende Überzeugung, daß der deutsche Reichspräsident und das Kabinett in der Lage sein würden, der augenblicklichen Krise Herr zu werden, gründet sich auf das Vertrauen, das in die Charakterfestigkeit und die geistige Fähigkeiten Wirths gesetzt werde. Seine Führung während der letzten Tage habe bewiesen, daß er nicht der Mann sei, der sich auf Freunde verläßt, und daß er nicht ein Puppe Erzbergers sei. Er sei entschlossen, den deutschen Untertan in Deutschland ein für allemal niederzubringen. Er sei unverwundlich, daß er dies vollbringen kann in Anbetracht der großen entschlossenen Unterstützung, die er von den Arbeitern aller Parteifarben und dem größten Teile des katholischen und liberalen Bürgertums erhalte. — Daily Chronicle drückt in ihrem Leitartikel die Befriedigung darüber aus, daß die Kundgebung in Berlin ohne Zwischenfall vor sich ging. Es sei sehr wünschenswert im Inneren Europas, daß die innere Spannung in Deutschland behoben werde; denn von der Korrektheit der Haltung Deutschlands hänge jedes Verhältnis ab. Die augenblickliche deutsche Regierung sei die einzige, die in der Lage sei werde, Deutschlands erfolgreich durch seine äußeren und inneren Probleme zu führen.

Englisch-französische Auseinandersetzungen.

Der gestrige Leitartikel des „Tempo“ beschäftigt sich mit den englischen Einwendungen gegen das Wiesbadener Abkommen. Das Blatt wundert sich, daß man Frankreich verdrängte, den Vertrag von Versailles zu unterbreiten, während es die Konvention vom 13. August (das Abkommen der Finanzminister) sei, die zum Schaden Frankreichs den Vertrag verleihe. Die Außenminister der englischen Freunde müsse auf zwei einfache Tatsachen gelenkt werden. Einestheils werde der britische Handel erst an dem Tage wieder seinen Aufschwung in Europa nehmen können, an dem die Ruinen des Krieges wieder aufgebaut und die

aus dem Kriege geborenen Streitigkeiten beigelegt sein würden, und diesen Tag und die Welt als ein mit Abkommen belegtes. Andererseits werde man nicht dadurch, daß man keine Entschuldigungen noch größere, Frankreich davon abhalten, ein Arrangement mit Deutschland zu treffen. Die Bilanz, die die Gewinne des Sieges zwischen Siegern und Besiegten errichtet hätten, würde in dem Maße abnehmen, in dem diese Gewinne zusammenschmelzen. Wieder- aufbauminister Douthett ist wieder in Paris eingetroffen.

Die neue Sitzung des Völkerbundesrates.

Die hier gestern nachmittag 4 Uhr abendende Sitzung der außerordentlichen Session des Völkerbundesrates, die sich mit der oberflächlichen Frage beschäftigte, dauerte nur eine halbe Stunde. Es wurde darauf folgende Mitteilung ausgegeben:

„Um dem Rat die Möglichkeit zu geben, sich in völliger Unabhängigkeit eine Meinung zu bilden, sind seine Mitglieder einmütig zu der Auffassung gekommen, daß es wünschenswert sei, eine vorläufige Sitzung der Frage durch Vertreter von Belgien, Brasilien, China und Spanien vornehmen zu lassen, also von Staaten, die an den vorangegangenen Beratungen noch nicht teilgenommen hatten. 2. Den Vertretern dieser Mächte erwärmt die Aufgabe, die wichtigsten Grundlagen dieses Problems zu prüfen, sowohl nach dem Obersten Rat übermittelten Dokumenten als auch mit Hilfe sonstiger Informationsquellen.“

3. Sie werden das Recht haben, alle diejenigen Berichte anzufordern, die sie als nützlich erachten und die erforderlichen technischen Beiräte zu allen Umständen, die die vorliegenden Untersuchungen und Diskussionen nicht verhindern haben und, soweit es möglich ist unter benutzigen Parteien ausgewählt werden, die bereits an den Arbeiten der technischen Organisation des Völkerbundes teilgenommen haben. Einwohnern des oberflächlichen Gebietes, Deutsche sowohl wie Polen können berufen werden, um mündlich Auskünfte zu geben über Ortsverhältnisse.“

4. Die Vertreter der erwähnten Mächte werden die Einrichtung des Völkerbundes zu allen Zwecken, die sie für erforderlich halten, zur Verfügung haben.“

5. Sie werden ihre Arbeiten nach freiem Ermessen durchführen, ohne daß ein bestimmtes Verfahren festgelegt wird. Sie werden dann dem Rat Rechenschaft ablegen, der die Arbeiten seinerseits verfolgen wird, und jederzeit zusammenzutreten kann, um die Ergebnisse der augenblicklichen Untersuchungen zu prüfen.“

Die Deutsche Zeitung meldet aus Genf, der belgische Delegierte Stiemens werde in der heutigen Sitzung des Völkerbundesrates vorkommen, man solle die Vertreter Polens und Deutschlands zu gemeinsamen Beratungen unter dem Vorsitz des Grafen Fisi nach Genf berufen.

Englands Rückenstärkung.

General Smuts hielt bei seiner Ankunft in Kapstadt eine Rede über die Reichstagen, worin er erklärte, die Lage in Oberstleuten sei so wichtig, daß der unmittelbare Frieden der Welt ebenso eng mit dieser Frage zusammenhänge wie 1914 mit der belgischen. Die Dominions hätten England bis zum Ausbruch des Krieges in der Welt ein gesichertes Rückgrat, um zu verhindern, daß oberflächliche Frage Deutschland und Frankreich in einen neuen Krieg hineinschiebe. Jetzt weiß Europa, daß es nicht nur mit Großbritannien, sondern mit dem britischen Reich zu tun habe. (Großer Beifall.) Sie wollen von einem Militarismus nichts wissen. Smuts lagte, er hoffe, daß der Völkerbund in der äußerst schwierigen Frage einen Erfolg habe.

Die Schraube ohne Ende.

Lohnkämpfe über Lohnkämpfe bedeuten doch die stetigende soziale Not. Die Bewegung, die sich in den letzten Jahren erst gegen den Winter hin regelmäßig einzustellen pflegte, hat in diesem Jahre bereits jetzt begonnen und eine Stärke erreicht, die die Vorjahre bei weitem übersteigt. Während bisher aber immer noch die Möglichkeit eines Ausgleichs in gewissen Grenzen vorhanden war, ist die neue Preissteigerung so umfangreich und stark, daß jede Hoffnung aufgegeben werden muß, das bisherige Lebensniveau beizubehalten zu können. Der letzte Herbst droht, daß Arbeit nicht mehr den Arbeitenden und keine Familie ernähren kann, wenn nicht mit anderen als den bisherigen Mitteln der ungelunden Wirtschaftslage begegnet werden kann. Die gegenwärtigen Lohnverhandlungen sind zwar nicht zu vermeiden, sie können aber nur als einseitige Erleichterung betrachtet werden, und unter diesem Gesichtswinkel ist es auch notwendig, daß die Rückfragen auf die gesamtwirtschaftlichen Folgen eines möglichen Nachlassens. Aber als einziger Mittel, der drohenden sozialen Not zu begegnen, reicht es nicht aus, und das muß noch allem festgelegt und allgemein begriffen werden, weil anders die von dem englischen Volkswirtschaftler Keynes für das nächste Jahr berechnete Katskatrophe nicht vermieden werden kann. Wir müssen uns auch darüber klar sein, daß in den bisherigen Rahmen ein wirtschaftlicher Aufschwung, der hier ausgleichen könnte, absolut nicht im Bereich der Möglichkeiten liegt. Nur daß diese Lage klar erkannt wird, kann allein die Vorbedingungen schaffen für eine allgemeine wirtschaftliche und soziale Reorganisation. Lohn- und Gehaltsverhandlungen sind nur Hilfsmittel, die freilich für den Augenblick die einzigen Mög-

